



Deutsche Soldaten in Afghanistan: Stellungnahme zur Weiterführung des Bundeswehreinsatzes

Der Fachausschuss I für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung hat bereits 2007 eine Bewertung des Afghanistan-Einsatzes für den Berliner Landesverband der SPD verfasst. Das hier vorliegende Papier ist die Konkretisierung dieser Positionierung unter Einbezug der heutigen Situation und unter der Frage nach der erneuten Verlängerung des Bundeswehreinsatzes.

Grundsätzliche Alternativen

Es gibt aus heutiger Sicht drei grundsätzliche Strategiealternativen für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan:

- Truppen abziehen
- Truppen verstärken
- Einsatz im bisherigen Umfang weiterführen

Die Empfehlung des Fachausschusses

Das Kontingent an Soldaten (militärischen Kräften) wird beibehalten, in keinem Fall erhöht, aber die Zahl der Polizeiausbilder und Mittel für den zivilen Aufbau werden erhöht.

Erwartete, befürchtete oder erhoffte Folgen von Entscheidungen im Sinne der genannten Alternativen

a) Sofortiger Truppenabzug

Eine Einstellung oder Reduzierung des deutschen ISAF-Beitrags in einer Situation, in der die USA als Führungsmacht von ISAF und als der Staat, zu dessen Unterstützung angesichts

der gefühlten existenziellen Bedrohung nicht nur der USA, sondern der gesamten freien und demokratischen westlichen Welt und ihrer Werte der gesamte Einsatz beschlossen worden ist, die Rettung des immer mehr in Frage gestellten ISAF-Einsatzes nach dem Vorbild der Irak-Exit-Strategie in einer Aufstockung (Surge) der militärischen Kräfte sucht, hätte unabsehbare und nicht wieder gut zu machende Folgen für die Gestaltungsmöglichkeiten der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, vor allem einen Vertrauens- und Ansehensverlust nicht nur bei den Verbündeten, sondern auch bei allen wichtigen Partnern in der Dritten Welt und nicht zuletzt bei einer Mehrheit der afghanischen Bevölkerung, die ja nicht grundsätzlich gegen die militärische Hilfe Deutschlands eingestellt ist, sondern ihr in erster Linie ankreidet, dass sie für zu wenig Sicherheit sorgt und wegen der derzeit angewandten Strategie der „Terrorbekämpfung“ zu viele zivile Opfer fordert, zu wenig zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung beiträgt und zunehmend die Machenschaften von korrupten und machtgierigen Cliquen auf Kosten der Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung absichert.

Das ursprüngliche Papier des FA I zu Afghanistan („Stellungnahme des Fachausschusses für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der SPD Berlin zur deutschen Afghanistan-Politik als Entscheidungshilfe für den SPD-Landesvorstand Berlin und die Berliner Delegierten zum Bundesparteitag“ [Stand 19.9.07]) ist verfügbar unter:

<http://www.spd-berlin.de/w/files/spd-fachausschuesse/fa-1-afghanistan-stellungnahme.pdf>

Hinsichtlich der Wirkung eines isolierten deutschen Rückzugs aus Afghanistan auf die anderen Teilnehmerstaaten von ISAF sind verschiedene Szenarien denkbar. Ein deutscher Rückzug könnte eine Kettenreaktion auslösen und zu einem noch stärkeren Druck als derzeit von Seiten der Bevölkerung der wichtigsten Teilnehmerstaaten auf ihre Regierungen führen, ihr Truppenkontingent ebenfalls zurückzuziehen. Auch die Regierung Obama in den USA würde unter einem solchen Druck geraten, aber wohl mit einer Verstärkung ihrer Surge-Strategie reagieren. Sie würde versuchen, einen eigenen vorzeitigen Rückzug mit spektakulären Schlägen gegen Taliban-Hochburgen, u.U. auch mit gezielten Tötungen von Taliban-Führern und einer überstürzten Afghanisierung der Sicherheitsstrukturen und Terrorbekämpfung nach dem Vorbild des derzeitigen Präsenzabbaus im Irak zu legitimieren.

Ein deutscher Rückzug könnte aber auch zu einer Ersetzung des deutschen Stabilisierungsbeitrags durch eine „Koalition der Willigen“ mit neuen Partnern wie den NATO-Beitrittsanwärtern Ukraine und Georgien, eventuell auch einigen Balkan-Ländern führen. (Interessant ist in diesem Zusammenhang die Bereitschaft der Republik Montenegro, quasi als Eintrittsgeld für einen Beitritt zur NATO und EU ein Truppenkontingent nach Afghanistan zu schicken.)

In Afghanistan selbst wäre ein deutscher Rückzug eine Einladung für die Taliban, durch Provokation von Zusammenstößen mit den Truppen anderer Teilnehmernationen mit möglichst vielen toten und verwundeten fremden Soldaten und auch zahlreichen zivilen Opfern, die ebenfalls der Anwesenheit der ISAF-Truppen angelastet werden können, Druck auf die anderen Teilnehmerregierungen zu entfalten, ihre Truppen ebenfalls abzuziehen. Im gezielten Zusammenspiel mit Aktionen der Taliban oder auch unabhängig von ihnen könnten Terrorgruppen wie Al Khaida den zunehmenden Unmut in der Bevölkerung der Teilnehmerstaaten für Anschläge in diesen Ländern selbst nutzen, um die Verunsicherung zu steigern.

Ein ganz anderes, allerdings gänzlich unwahrscheinliches Szenario wäre eine kurzfristige Beendigung des militärischen Einsatzes in Afghanistan durch alle ISAF-Teilnehmerstaaten gemeinsam. Die Frage, was die Folgen eines solchen Vorgehens für Afghanistan als Staat und Gesellschaft und für seine Bevölkerung wären, ist aber keineswegs rein hypothetisch,

da derzeit nicht abzusehen ist, dass in einem für die Politikplanung in demokratischen Staaten realistischen Zeitraum von 4 – 5 Jahren in Afghanistan Verhältnisse hergestellt werden könnten, die nicht nur einen Abzug der ISAF-Truppen unter Rahmenbedingungen, die über eine bloße Gesichtswahrung hinausgehen, sondern durch die mit Hilfe des Einsatzes ermöglichten Aufbauleistungen (Schaffung demokratischer Regierungs- und Verwaltungsstrukturen, Nation Building, entscheidende Verbesserung der Lebensverhältnisse und des Standes der menschlichen Entwicklung, Stabilisierung der Sicherheitslage, Ansätze eines zeitgemäßen Bildungswesens, Garantie der Menschen-, Frauen- und Kinderrechte, nachhaltige Wirtschaftsstrukturen) auch eine Rechtfertigung des militärischen Einsatzes, seiner Kosten und seiner Opfer auf allen Seiten einschließen könnten.

Es stellt sich also die Frage, an welchem Maßstab die Erfolge und Misserfolge des bisherigen Einsatzes gemessen werden können und bei welchen erreichten Ergebnissen er somit für zielführend und damit auch für beendigungsfähig erklärt werden kann.

Nimmt man die in den legitimierenden UN-Resolutionen und in dem flankierenden Petersberger Abkommen von 2001 zugrunde gelegten Ziele der ISAF-Mission, ergibt sich folgendes Bild: Die Mission hatte das Ziel, einen von Afghanistan ausgehenden terroristischen Angriff auf die USA abzuwehren, das Taliban-Regime, welches beschuldigt wurde, der für die Attentate vom 11. September 2001 verantwortlich gemachten Terror-Organisation Al Khaida Zuflucht zu gewähren, durch seine Ausschaltung oder Entmachtung daran zu hindern, diese Art von Terrorismus weiter zu unterstützen und durch den flankierenden Aufbau demokratischer Strukturen im Land der Gefahr von Afghanistan ausgehender terroristischer Aktivitäten nachhaltig vorzubeugen.

Ziel 1: Ausschaltung der Urheber der Anschläge vom 11. September 2001 und Beseitigung der Gefahr, dass Afghanistan erneut Schutz- und Operationsgebiet des internationalen Terrorismus wird.

Dem Ziel, der Führung von Al Khaida und von Osama Bin Laden selbst habhaft zu werden, sind die USA und ihre Verbündeten durch die militärische Intervention in Afghanistan und die durch sie erreichte Verdrängung der Taliban von der Regierung in keiner Weise näher ge-

kommen. Die Erreichung dieses Ziels ist auch durch eine Verlängerung des Einsatzes um 5 oder 10 Jahre nicht zu erwarten. Das gleiche gilt für das Ziel zu verhindern, dass das Territorium Afghanistans und seine politischen und gesellschaftlichen Strukturen weiterhin als Operationsbasis für den nationalen und internationalen Terrorismus genutzt werden. Die paschtunisch besiedelten Grenzgebiete, die schon in der Vergangenheit von keiner afghanischen Zentralregierung, aber auch nicht von den über längere Zeit aktiven Besatzungs- und Schutzmächten hinreichend kontrolliert werden konnten, sind auch seit dem Sturz der Taliban-Regierung unverändert Operationsgebiet unterschiedlicher, überwiegend als terroristisch eingeschätzten Widerstandsgruppen mit teilweise nationaler, teilweise internationaler Agenda, die überwiegend diesseits und jenseits der afghanisch-pakistanischen Grenze agieren. Der Gefahrenschwerpunkt aus der Perspektive des von den USA und ihren Verbündeten auch unter der neuen Obama-Administration zumindest in den vorderasiatischen Konfliktgebieten weitergeführten „Kriegs gegen den Terrorismus“ hat sich dabei deutlich auf die pakistanische Seite verlagert. Ohne eine Lösung der pakistanischen Staatskrise (und langfristig ohne eine grundlegende Entschärfung des indisch-pakistanischen Konflikts um Kaschmir) kann die derzeit mit Afghanistan verknüpfte terroristische Bedrohung auch durch eine längerfristige Fortsetzung der ISAF-Mission nicht grundlegend ausgeräumt werden.

Was die Bewertung der Führungsgruppe der Taliban als Terroristen und der von ihnen ausgehenden „terroristischen Bedrohung“ betrifft, so bilden die Taliban eine existenzielle Bedrohung für die Menschenrechte der afghanischen Bevölkerung und die Gleichberechtigung der Frau, des Weiteren ein massives Hindernis für die Entwicklung der Demokratie und verantwortlicher Regierungs- und Verwaltungsstrukturen, für die Modernisierung des Landes und die Schaffung nachhaltiger Produktions- und Wirtschaftsverhältnisse und die menschliche Entwicklung des Landes insgesamt (eine Wiederkehr der Taliban-Herrschaft würde wahrscheinlich die Position Afghanistans als letztes oder vorletztes Land im Human Development Index des UNDP (Entwicklungsprogramm der UN) auf Jahrzehnte zementieren), aber nicht unbedingt einen maßgeblichen Teil der Bedrohung der USA und anderer OECD-Staaten durch den internationalen Terrorismus. Die Erklärung des Taliban-Führers Mullah Omar, dass die Taliban

nicht die Absicht hätten, die USA auf ihrem eigenen Territorium anzugreifen, ist in diesem Punkt glaubwürdig.

Gleichwohl ist die „Bekämpfung des Taliban-Terrorismus“ nach dem Scheitern der Ausschaltung der Al Khaida-Führung als Zentrum des internationalen Terrorismus ähnlich der durch die tatsächliche Abwesenheit von Massenvernichtungswaffen im Irak gegenstandslos gewordene Rechtfertigung der Intervention im Irak zu einem der wichtigsten Ersatzziele der ISAF-Mission geworden. (Präventive Angriffe von Bundeswehrsoldaten gegen Talibanführer und -kämpfer wie bei dem Luftangriff in Kunduz werden von deutschen Politikern inzwischen damit gerechtfertigt, dass die Taliban ja eine tödliche Bedrohung für die deutschen Soldaten in Afghanistan bilden und legitime Vertreter des afghanischen Staates angreifen.)

Auf der anderen Seite setzt sich inzwischen auch bei Mitgliedern der derzeitigen Bundesregierung die zuerst von dem früheren SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck in die Öffentlichkeit gebrachte Einsicht durch, dass die Taliban oder zumindest als „gemäßigt“ eingestufte Teile von ihnen zu den bei den Anstrengungen zur politischen Stabilisierung Afghanistans zu berücksichtigenden Akteuren gehören.

Ein solcher „politischer Strategiewechsel“, der auf der Einsicht gründet, dass mit einer rein oder überwiegend militärisch zentrierten Strategie zur Ausschaltung der Taliban unter den gegebenen Einsatzbedingungen die „Köpfe und Herzen“ der afghanischen Bevölkerung nicht gewonnen werden können, würde immerhin die Chance eröffnen, bei einer Fortsetzung der ISAF-Mission, die sich vor allem auf die Verbesserung der Sicherheit für die Bevölkerung durch Stärkung der Fähigkeiten und Verlässlichkeit der afghanischen Armee und Polizei und eine Verringerung der von den Taliban ausgehenden Sicherheitsproblem durch ihre zumindest teilweise Einbindung in den politischen Prozess, eine Situation im Lande zu schaffen, die einen Abzug der alliierten Truppen ohne Gesichtsverlust und vielleicht sogar mit dem Hinterlassen einer begrenzten politischen Erfolgsbilanz rechtfertigen könnte.

Prognose der Folgen einer sofortigen Beendigung der ISAF-Mission: Wegen der Zerstrittenheit der übrigen politischen Gruppierungen und der fehlenden durchsetzungsfähigen Alternativen im Lager des Mehrheitsstammes der Paschtunen würde eine sofortige Beendigung

der ISAF-Mission wahrscheinlich die Taliban innerhalb eines Zeitraums von 4-5 Jahren wieder zur herrschenden politischen Kraft in Afghanistan machen ohne dass sie das gesamte Land kontrollieren könnten. Der Bürgerkrieg würde in vollem Umfang wieder ausbrechen, die Sicherheitslage und die Lebensverhältnisse der Menschen würden sich insgesamt deutlich verschlimmern.

Ziel 2: Aufbau demokratischer Strukturen

Als erstes dieser Ziele wurde erreicht, die Taliban durch eine Kombination von Luftangriffen der ISAF-Kräfte, d.h. der USA und einen Vormarsch der von den USA als Bundesgenossen angenommenen Truppen der Bürgerkriegsgegner der Taliban, der sog. Nordallianz von der Regierungsmacht in der Hauptstadt Kabul und von den politischen Führungsfunktionen in den Provinzen zu verdrängen und ihre Herrschaft durch eine Koalition aus politischen Führern der Nordallianz, d.h. der nichtpaschtunischen Stämme und nicht den Taliban zuzurechnenden politischen Führern des Mehrheitsstamms der Paschtunen unter der Präsidentschaft eines von den USA als Führer einer prowestlichen Regierung ausersehenen paschtunischen Politikers zu ersetzen. Dieser Präsident Hamid Karsai kam 2002 in einer formal demokratischen Wahl in sein Amt und wurde 2009 in einer weiteren Wahl bestätigt, deren Ergebnis von der nationalen, von Karsai selbst eingesetzten Wahlkommission für gültig erklärt wurde, nachdem von dieser selbst ein erheblicher Anteil an Stimmenfälschungen und Wahlbetrug zugegeben worden war. Mit dem Rückzug des Zweitplatzierten Abdullah Abdullah und der Erklärung Karsais zum Wahlsieger vor der bereits angesetzten, aber nicht mehr durchgeführten Stichwahl trotz der nicht ausgeräumten Vorwürfe der Stimmenfälschung und des massiven Wahlbetrugs fehlt der alten und neuen Regierung Karsai in jedem Fall die Legitimität, ein *demokratisches* Afghanistan als auch durch den ISAF-Einsatz ermöglichte Alternative zu den vorangegangenen diktatorischen Regimen der Bürgerkriegszeit seit dem Staatsstreich von Ministerpräsident Daud im Jahre 1973 zu vertreten. Karsai, dessen unmittelbare Autorität nach dem Urteil nationaler und internationaler Beobachter während der längsten Zeit seiner Regierungstätigkeit nicht über die Rolle eines „Bürgermeisters von Kabul“ hinaus reichte und dessen nationale Rolle wesentlich auf dem Bündnis mit von Kriegsverbrechen und Vorwür-

fen der Bereicherung durch Korruption belasteten Warlords und lokalen Stammesführern beruht,

erscheint auf dem Hintergrund der Umstände seiner Wiedereinsetzung als Präsident in noch stärkerem Maße als bisher als Anführer einer Bürgerkriegspartei, der seine Herrschaft nicht auf eine in unzweifelhafter Form erfolgte Willenserklärung der Bevölkerung stützen und sich nur mit massiver militärischer, finanzieller und politischer Unterstützung ausländischer Mächte an der Spitze halten kann. Er unterscheidet sich in diesem Punkte also nicht mehr wesentlich von den diktatorisch regierenden Regimen von Mohamed Daud, Taraki, Babrak Karmal, Nadschibullah und der Taliban-Führung unter Mullah Omar, die abwechselnd von der Sowjetunion, den USA und Pakistan unterstützt wurden und deren Gegner jeweils von konkurrierenden Mächten unterstützt wurden um eine mit ihren Interessen kompatible Gruppierung an die Macht zu bringen. Dies gilt für die Unterstützung der verschiedenen Mudjaheddin-Gruppen einschließlich Al Khaida im „Befreiungskrieg“ gegen die Sowjetunion und das mit ihr verbündete Revolutionsregime, aber auch die Duldung der Taliban-Herrschaft von 1996 bis 2001 durch die USA, solange diese in einem Großteil des Landes die Sicherheit für den Bau einer Öl-Pipeline von Turkmenistan nach Indien zu gewährleisten schienen.

Mit der Bereitschaft der USA und der anderen ISAF-Teilnehmerstaaten, Karsai nach dieser Farce von einer Wahl als legitimen Repräsentanten der afghanischen Nation als ganzer und als maßgeblichen Partner der ISAF-Stabilisierungsmission anzuerkennen und mit ihm zusammenzuarbeiten wurde die Chance verpasst, wenigstens einen Kompromiss zwischen den beiden wichtigsten politischen Gruppierungen außerhalb der Taliban, die ja versuchten, die Wahl mit Gewalt zu verhindern bzw. durch Einschüchterung der Wähler zu delegitimieren, zu erzwingen und der von ISAF und den afghanischen Partnern gemeinsam zu tragenden Aufbaumission den Anschein eines nationalen Projekts zu geben.

Ziel 3: Nation Building

Das vor allem von Monarchen des 19. und 20. Jahrhunderts (Emire und Könige) verfolgte Projekt des Aufbaus einer afghanischen Nation mit einer gesamtstaatlichen Identität stößt immer wieder auf die historisch gewachsenen Widerstände der Gliederung des Staatsgebiets in

Stammesgebiete mit unterschiedlicher Bevölkerungszahl, unterschiedlichen Sprachen (neupersische Amtssprachen Paschtu als Sprache des Hauptstamms der Paschtunen und Dari als Sprache des zweitstärksten Stamms der Tadschiken, Turksprache Usbekisch als Sprache des drittstärksten Stammes der Usbeken), der religiösen Spaltung in eine sunnitische Mehrheit und eine schiitische Minderheit und eines sehr starken kulturellen Stadt-Land-Gefälles mit stark unterschiedlichem Einschluss in die oder Ausschluss von der feudal und religiös geprägten Tradition mit ausgeprägten Geschlechterstereotypen und westlich geprägte Moderne. Maßgeblich für ein immer wieder auflebendes nationales Selbstbewusstsein der Afghanen ist der historische Erfolg der Abwehr der Kolonierungsversuche zweier der wichtigsten imperialistischen Großmächte, Großbritannien und Russland und die Durchsetzung der nationalen Unabhängigkeit Afghanistans in mehreren britisch-afghanischen Kriegen. Die in diesen Kriegen gewonnene Autorität ermöglichte es dem aus dem Mehrheitsstamm der Paschtunen kommenden Herrscherhaus, eine dauerhafte nationale Führungsrolle zu übernehmen, allerdings um den Preis des Verzichts auf die Errichtung einer effektiven Zentralgewalt und der Respektierung der regionalen, gesellschaftlichen und kulturellen Traditionen vor allem in den ländlichen Gebieten.

Die bis in die Gegenwart reichende Epoche fortwährender Bürgerkriege seit den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts, die bereits ein Vorspiel in dem gewaltsamen Sturz des Reformkönigs Amanullah 1928 hatte, ist wesentlich Folge von mit Unterstützung und in Zusammenarbeit mit ausländischen Mächten (Sowjetunion, aber auch intensive Entwicklungszusammenarbeit mit westlichen Ländern, die u.a. das traditionell freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Afghanistan mitbegründet) unternommenen Modernisierungsversuchen der Monarchie und später aus einer Studentenbewegung hervorgegangenen revolutionärer Gruppierungen, die jeweils auf den massiven Widerstand der religiösen und Stammeseliten stießen, die ihren Rückhalt wesentlich in der Landbevölkerung und der ländlichen Regionen hatten und haben.

Verhängnisvoll für die neuere Entwicklung Afghanistans und seine Chancen, zu einer modernen Nation mit einem befriedigenden Stand der menschlichen Stand der menschlichen Entwicklung zu werden waren nicht nur die Versuche des 1978 gestürzten, dem Königs-

haus angehörenden Präsidenten Daoud und der ihm folgenden Führer der prosowjetischen Demokratischen Volkspartei, die von ihnen beabsichtigten Reformen und Modernisierungsmaßnahmen gestützt auf eine ausländische Macht und gegen den erkennbaren Willen der Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen, sondern vor allem die militärische Intervention der Sowjetunion zur Rettung der gescheiterten Saur-Revolution im Jahre 1979.

Mit der Provokation der „brüderlichen Hilfe“ der Sowjetunion und all den schrecklichen Auswirkungen der sowjetischen Besetzung Afghanistans verspielten die Reformkräfte für lange Zeit den Anspruch, Sachwalter der Entwicklung der afghanischen Nation zu sein.

Den von den USA unterstützten zersplitterten Mudjaheddin-Fraktionen gelang es zwar, den Befreiungskrieg gegen die sowjetischen Besatzer siegreich zu gestalten und die Sowjetunion unter dem Reformler Gorbatschow dazu zu bringen, die Intervention zu beenden, sie bewirkten aber mit ihren Machtkämpfen untereinander die weitere Zerstörung des Landes, vor allem der Hauptstadt Kabul und eine Verschlechterung der Sicherheitslage und der Lebensbedingungen der Menschen, sogar im Vergleich zu den Verhältnissen unter dem letzten sowjetfreundlichen Machthaber Nadschibullah.

Paradoxe- oder konsequenter Weise war es die modernitäts- und reformfeindlichste Gruppierung unter den verschiedenen Bürgerkriegsparteien, die wesentlich vom pakistanischen Geheimdienst ISI geschulten und geförderten Taliban, der es – gestützt auf eine Stämme und soziale Schichten übergreifende islamistische Ideologie – mit der Herstellung von Mindeststandards der Lebenssicherheit für die Mehrheit der afghanischen Bevölkerung einen nationalen Führungsanspruch zu begründen, den sie nun in der mit außerordentlicher, für den islamistische Widerstandsgruppen inzwischen identitätsbildend gewordenen Opferbereitschaft in der Auseinandersetzung mit den als fremde Besatzer abgestempelten ISAF-Truppen mit zunehmendem Erfolg zu untermauern versucht.

Bewertung und Prognose der Folgen einer Beendigung der ISAF-Mission:

Sowohl hinsichtlich des Ziels Demokratisierung wie des Ziels Nation Building steckt die Entwicklung in Afghanistan nach der letzten Präsidentschaftswahl in einer Sackgasse, bei der nicht abzusehen ist, ob sich die Perspektiven

kurzfristig durch eine Fortsetzung der ISAF-Mission in den nächsten 4 – 5 Jahren unter den derzeit bestehenden und für die nächste Zeit abzusehenden Einsatzbedingungen grundlegend verbessern lassen. Ich schließe mich in diesem Punkt den Einschätzungen von Thomas Ruttig (Afghanistan Analyst Network www.aan-afghanistan.org) in welt-sichten 12 – 2009 S.62 – 64) an, der bezweifelt, „dass der Westen in der Lage ist, Karsai unter Druck zu setzen, seine Regierungsführung zu verbessern.“ Wenn aber diese nach dem beschriebenen mangelhaften Wahlprozess zustande gekommene Regierung nicht in die Lage versetzt werden kann, Motor eines nationalen Entwicklungsprozesses zu werden, sondern wegen ihrer mangelnden Legitimation und Glaubwürdigkeit für die Fortsetzung des Bürgerkriegs steht, werden Strategieänderungen in der ISAF-Mission allein keine hinreichenden Bedingungen für deren erfolgreichen Abschluss schaffen können, sondern mittelfristig einen Abzug der ISAF-Truppen unter Zurücklassung von Verhältnissen erzwingen, die von den politischen Urhebern der Mission in keiner Weise gewollt waren.

Anmerkung: Auf die Anwendung der übrigen auf S. 2 dieses Papiers genannten Parameter für die Leitfrage (Truppen) abziehen oder bleiben – Stand der menschlichen Entwicklung, Sicherheitslage, nachhaltige Wirtschaftsstrukturen, Aufbau eines zeitgemäßen Bildungswesens, Garantie von Menschen-, Frauen- und Kinderrechten – wird hier verzichtet, weil sich bei diesen Teilzielen keine grundlegend andere Analyse ergibt, weil die Anwendung dieser Parameter unrealistisch hohe Anforderungen an einen Erfolg der ISAF-Mission zur Folge hätte und weil Fortschritte bei den Zielen 1 – 3 sehr eng mit Fortschritten in diesen weiteren Teilzielen verbunden sind, aber auch weil sie den Rahmen des Papiers sprengen würden.

b) Folgen einer Verstärkung des deutschen ISAF-Kontingents

Unter den gegebenen Einsatzbedingungen und den sich abzeichnenden Veränderungen der Einsatzstrategie wäre einer Verstärkung der deutschen Kampftruppen eine Steigerung der Investitionen in eine verfehlte Strategie und die bloße Erhöhung der Dosis eines untauglichen Mittels. Entscheidend ist dabei nicht die sich immer mehr durchsetzende Erkenntnis, dass es sich bei dem Auftrag des deutschen ISAF-Kontingents nicht um einen „Stabilisierungsein-

satz“, sondern um einen Einsatz in einem Krieg im politischen, wenn auch nicht im juristischen Sinne handelt, die deutschen Kampftruppen also nicht als Aufbauhelfer, sondern als Terrorbekämpfer agieren, sondern der Charakter des Krieges, in den sie verwickelt sind. Mit dem Scheitern des Aufbaus einer hinreichend demokratisch legitimierten, ein nachvollziehbares gesamtstaatliches Interesse und die Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung repräsentierenden Zentralgewalt werden die ISAF-Truppen immer mehr zu einer Interventionsarmee in einem Bürgerkrieg und zwar als Repräsentanten einer Intervention zugunsten derjenigen politischen Kräfte, welche ohne ausländische Unterstützung keine Chance hätten, das Territorium Afghanistans vollständig oder überwiegend zu kontrollieren und das Land mit der expliziten Zustimmung in Wahlen und/oder mit Hilfe der im alltäglichen Verhalten der Bevölkerung zum Ausdruck gebrachten Loyalität zu kontrollieren.

Ein Legitimitätszuwachs für die unter Berufung auf das von der derzeitigen Regierung wahrgenommene staatliche Gewaltmonopol durchgeführten militärischen und polizeilichen Maßnahmen zur Bekämpfung von „Staatsfeinden“ wie den Taliban, die ja, wie die bisherige Erfahrung zeigt, allzu oft auch „Zivilisten“ trifft, die sich eben nicht a priori entweder zum Lager der staatsloyalen Bevölkerung oder zum Lager der politischen Kriminalität rechnen lassen (aus dieser Frage bestand ja gerade die Schwierigkeit, die Opfer der Bombardierung der beiden Tanklastwagen bei Kunduz als „Beteiligte“ oder „Unbeteiligte“ einzuordnen) ist nicht von einer Verstärkung des Anteils ausländischer Truppen an diesen Kampfeinsätzen zu erwarten, sondern nur von einer „Afghanisierung“ der militärischen und polizeilichen Sicherheitsanstrengungen.

Unter „Afghanisierung“ wäre hier nicht nur die zunehmende und schlussendlich ausschließliche Übernahme von Kampfeinsätzen gegen „Aufständische“ durch die Regierungstruppen und als Voraussetzung dafür die Befähigung der afghanischen Armee von der Ausbildung, Ausstattung und Besoldung her den Taliban und anderen regierungsfeindlichen Gruppierungen militärisch Paroli zu bieten, sondern der Aufbau der Fähigkeit zu verstehen, von der Bevölkerung als bewaffneter Arm der legitimen Staatsgewalt und glaubwürdige Garanten der inneren Sicherheit angesehen, respektiert und unterstützt zu werden. Dies ist nur als Ergebnis des Zusammenwirkens einer verantwortlichen

und demokratisch legitimierten Regierungspolitik und einer Restrukturierung der afghanischen Armee und Polizei denkbar.

Unter diesen Voraussetzungen kann eine sinnvolle Antwort auf die derzeitige krisenhafte Lage in Afghanistan und die Surge-Pläne der Regierung Obama nicht in einer Verstärkung der deutschen Kampftruppen bestehen, selbst wenn eine Aufstockung des deutschen ISAF-Kontingents mit dieser Vorgabe als vorübergehend und als vorbereitender Schritt für eine Afghanisierung des Kampfs gegen die Taliban und als Kernelement einer kurzfristigen Exit-Strategie legitimiert wird.

Als sinnvoll erscheint vielmehr eine Erhöhung der Zahl der Polizeiausbilder und eine Verstärkung der Mittel und Anstrengungen für den zivilen Aufbau. Es wäre weiterhin sinnvoll, Umgruppierungen im deutschen ISAF-Kontingent von Kampfeinsätzen zu Ausbildungsmaßnahmen für afghanische Soldaten vorzunehmen.

Begründung:

1. Eine Verstärkung der deutschen Kampftruppen gefährdet das oben beschriebene Ziel der Afghanisierung.
2. Eine wirksame Beteiligung der Bundeswehr an der Umsetzung des Surge-Konzepts (Verstärkung der Terrorbekämpfung und nachhaltige Schwächung der „terroristischen“ Gegner als Voraussetzung für einen kurz- oder mittelfristigen Rückzug der ISAF-Truppen) ist nur bedingt mit Truppen oder Einsatzbedingungen möglich, die sich in ihrem Handeln bzw. ihrer praktischen Umsetzung uneingeschränkt der parlamentarischen und öffentlichen Kontrolle stellen können. Eine Aufstockung der Spezialkräfte und eine Erweiterung ihres Spielraums gefährdet aber die Legitimität künftiger Kampfeinsätze mit deutscher Beteiligung gegenüber der afghanischen und der deutschen Bevölkerung und würde in der einen wie der anderen Weise den Taliban in die Hände arbeiten.
3. Eine Aufstockung der deutschen Kampftruppen und eine Ausweitung von Kampfeinsätzen mit deutscher Beteiligung würde die Kapazitäten der für eine „Armee im Einsatz“ verfügbaren Bundeswehreinheiten überfordern, sie ginge auf Kosten von moralisch und demokratisch besser motivierten Einsätzen etwa auf dem Balkan, im

Libanon oder in afrikanischen Krisengebieten.

4. Eine Teilnahme an der Verstärkung der ISAF-Truppen nach dem Plänen der US-Regierung würde mittelfristig mit der notwendigen Aufstockung des Verteidigungshaushalts und dem veränderten Verhältnis zwischen den militärischen und zivilen Mitteln der Interessenwahrnehmung Maßstäbe setzen, welche das Selbstverständnis Deutschlands als ziviler Macht und Führungsmacht der Friedens- und Wohlstandszone EU einschließlich der Attraktivität ihres Staats-, Wirtschafts- und Sozialmodells grundsätzlich negativ verändern würden.
5. Eine deutliche Anhebung der Zahl der insgesamt an Auslandseinsätzen der Bundeswehr beteiligten Soldaten stößt auf entscheidende Hindernisse an den Schuldenregelungen des EU-Stabilitätspakts und des Grundgesetzes, den finanziellen Anforderungen des deutschen Sozial- und Wohlfahrtsstaatsmodells sowie der parlamentarischen Kontrolle von Entscheidungen über Krieg und Frieden auch unterhalb der juristischen Ebene der Kriegführung. Entscheidungen für Auslandseinsätze mit derart hohem Willkürcharakter, mit einer derartigen politischen und finanziellen Tragweite wie die Entscheidung für die Intervention im Irak zum Sturz Sadam Husseins, wie sie die Rahmenbedingungen des politischen Systems und die weltpolitische Stellung der USA erlauben sind in der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes bisher noch undenkbar. Aus all diesen Gründen könnte eine Beteiligung Deutschlands an dem amerikanischen Surge-Programm nur in einem symbolischen Rahmen bleiben, der Deutschland bei Verbündeten und Gegnern keinen nennenswerten außenpolitischen Ansehensgewinn bringen würde.
6. Jeder zusätzliche auf einen Kampfeinsatz in Afghanistan vorzubereitete und dorthin entsandte deutsche Soldat repräsentiert mit den Kosten und Anstrengungen seiner Vorbereitung auf den Einsatz und der Gefährdung seines eigenen Lebens sowie des Lebens und der Gesundheit der von ihm möglicherweise getöteten afghanischen Zivilisten ein Vielfaches der materiellen und moralischen Investitionen, welche die Taliban und andere regierungsfeindliche Gruppen im Falle einer Verstärkung der ISAF-Truppen für jeden zusätzlich erforderlichen

Kämpfer auf ihrer Seite aufbringen müssten. Dies ist Ergebnis der Logik eines asymmetrischen Konflikts, den der militärisch Stärkere mit rein militärischen Mitteln nicht gewinnen kann. Der Konflikt in Afghanistan kann nur politisch, wenn auch – um mit Clausewitz zu sprechen – „unter Einmischung anderer“ nämlich militärischer Mittel gewonnen werden.

c) Folgen einer Fortführung des deutschen ISAF-Beitrags

Die Folgen einer Fortführung werden hier betrachtet unter der Annahme des Status Quo, also ohne Veränderung der Stärke der Einsatzkräfte, ohne wesentliche Strategieänderungen und ohne wesentliche Änderungen der politischen Rahmenbedingungen.

Eine solche Entscheidung würde, wie schon bei der Prüfung der Parameter für einen kurzfristigen Abzug und für eine Truppenverstärkung, wenn die Entwicklung in Afghanistan allein vom Handeln der deutschen Seite abhinge, zu einer immer größeren Entfernung von den ursprüng-

lichen Zielen des ISAF-Einsatzes wie von den zwischenzeitlich in Anspruch genommenen Ersatzzielen führen und mittelfristig einen Abbruch der Mission unter dem Eingeständnis ihres Scheitern erzwingen. Zentrale Bedingung für eine zielführende Fortführung des deutschen ISAF-Beitrags mit den hier vorgeschlagenen Veränderungen zur „Afghanisierung“ ist eine flankierende politische Strategie mit der Einbeziehung der Taliban in den politischen Prozess und der Durchsetzung der Grundsätze einer verantwortlichen und rechenschaftspflichtigen Regierung gegenüber der Regierung Karzai.

Kontakt:

Fachausschuss für Internationale Politik, Frieden und Entwicklung der SPD Berlin, Müllerstr. 163, 13353 Berlin. Vorsitzender Karl-Heinz Niedermeyer.

Mail: karl-heinz_niedermeyer@web.de

Internet: <http://fa1.spd-berlin.de/>